Bericht und Antrag

der

Minderheit der Commission in Sachen des Vertrags mit Baden.

(Vom 21. Dezember 1863.)

Tit. I

Die Minderheit der von Ihnen in Sache des Vertrags mit Baden über Niederlassungs- und Gewerbswesen bestellten Commission *) stellt sich formell auf einen ganz andern Standpunkt, als die Mehrheit, und gelangt daher auch zu einem abweichenden Antrage, dahin gehend:

Der Ständerath,

nach Einsicht des mit dem Bevollmächtigten des Großherzogthums Baden vereinbarten Vertragsentwurfs über Niederlassungs- und Gewerbswesen, in Abweichung vom Beschlusse des Nationalrathes;

mit Rücksicht auf Art. 3 und 9 der Bundesverfassung,

möge den Bundesrath einladen, das Zustandekommen eines solchen Vertrages auf dem Wege des Concordates zwischen Baden und den schweizerischen Kantonen anzubahnen.

Um die Wichtigkeit und den Werth dieses Antrages zu ermesfen, wird es nothwendig sein, vor Allem die Frage zu stellen und zu beantworten, ob nach Gesetzgebung und Praxis hier die entscheidende Stimme den Kantonen zustehe, beziehungsweise: ob es sich lediglich um einen Vertrag im Sinne des Art. 8 oder aber der Art. 3 und 9 der Bundesverfassung handle.

Art. 8 der Bundesverfassung sagt: „Dem Bunde allein steht das Recht zu, Krieg zu erklären und Frieden zu schließen, Bündnisse und Staatsverträge, namentlich Zoll- und Handelsverträge mit dem Auslande einzugehen“, während Art. 3 die Hoheit der Kantone aufrecht hält in Allem, was nicht durch die Verfassung, als vereinbartes Statut, innert

*) Bestehend aus den Herren Arnold und v. Hettlingen.

welchem sich die 22 Souveränitäten zu bewegen haben, zum Voraus reglirt, oder der Staatshoheit des Bundes unterstellt ist.

Letzteres Zugeständniß, in Verbindung mit Art. 9 der Verfassung, welcher sagt: „Die Befugniß, Verträge über Gegenstände der Staatswirtschaft, des nachbarlichen Verkehrs und der Polizei mit dem Auslande abzuschließen, bleibt den Kantonen“, giebt der Minderheit das unbedingtste Recht, in vorliegender Materie dem Sinn und Geiste von Art. 3 und 9 der Verfassung zu huldigen.

Der vom Bundesrathe beliebte Titel: „Staatsvertrag“ ist hier nicht entscheidend. Es kommt eben nicht auf den Titel, sondern auf den Inhalt des Vereinbarten oder des zu Vereinbarenden an, und nach Diesem handelt es sich um nichts mehr und nichts weniger als um Gegenstände der Staatswirtschaft und des Verkehrs mit einem Nachbarstaate genau im Sinne von Art. 9 und durchaus nicht um „Krieg oder einen Friedensschluß, oder um einen Zoll- und Handelsvertrag“ im eigentlichen Sinne des Wortes, deren Abschluß Art. 8 der Verfassung allein dem Bunde vindicirt.

Von der gleichen Ansicht sind wohl auch die Kantonsregierungen ausgegangen, welche, vom Bundesrathe sub 19. August d. J. über die Wünschbarkeit eines Vertrages mit Baden und selbst über den T. mor desselben angefragt, in ihren Antworten ihn größtentheils einen „Vertrag über gegenseitige Niederlassungs- und Gewerbefreiheit“ (*convention concernant la liberté d'établissement et d'industrie*) ganz im Sinne von Art. 9 der Verfassung nennen. Einzelne Kantone wahren sogar ausdrücklich ihr Ratifikationsrecht, so: Schwyz, Unter- und Obwalden. Letzteres (und nach der Theorie, die noch letzter Tage im Nationalrathe zu Gunsten einer garantirten Verfassung, gegenüber einer Petition für Stimmrecht nach dem Geiste des Bundes, mit Erfolg aufrechtgehalten wurde — sollte man meinen mit einiger Berechtigung) beruft sich namentlich auf die verfassungsgemäße Regelung der Niederlassungs- und Gewerbsverhältnisse gegenüber fremden Staaten durch seine Landsgemeinde. Gleiches gilt auch für andere Kantone. Jurer-Nhoden behielt ausdrücklich den Entschaid seines Großen Rathes vor, welcher sich dann für den Vertrag aussprach, immerhin mit dem Vorbehalt: wenn die Mehrzahl der Kantone sich dafür interessire. St. Gallen, dessen Regierung sich zu Abschluß von Verträgen in angeregter Materie jeweilen geneigt erklärt, verlangt sub 11. September ausdrücklich noch beruhigende Aufschlüsse, bevor es seine Zustimmung erklären will. Andere Kantone haben in der höflichen Anfrage des Bundesrathes ohne Zweifel ein Vorgehen im Sinne des Art. 10 der Bundesverfassung gefunden, welcher für den amtlichen Verkehr zwischen Kantonen und auswärtigen Staatsregierungen der Vermittelung des Bundesrathes ruft, und mindestens hat doch die Anschauung ihre Berechtigung: der Bundesrath habe, indem er allerdings in seinem Circular vom 19. August d. J. dem Bunde die in Art. 8

enthaltene Befugniß *expressis verbis* gewahrt wissen wollte, in Würdigung auch des Art. 9 und zur Vermeidung eines Kompetenzstreites zum vermittelnden Art. 10 der Verfassung die Zusage genommen, in seiner Anfrage ausdrücklich das Ganze von den Wünschen der Kantonsregierungen (also nicht etwa nur von dem Ermessen der Räte) abhängig machend. Für solche Auffassung mag wohl die vorläufige oder definitive schriftliche Zustimmung vieler Kantone zeugen, während Einzelne das förmliche Genehmigungsrecht sich noch vorbehalten, Andere positive Abänderungsanträge stellen.

Anbelangend die Praxis, so darf nicht übersehen werden, daß gerade Gegenstände des allgemeinen Wohles, des Verkehrs und auch solche von internationaler Bedeutung zwischen dem Auslande und den Kantonen schon oft auch unter der neuen Bundesverfassung geschlichtet worden sind, mit oder ohne Zuthun des Bundes, so: Fragen über gegenseitige Verpflegung kranker Staatsangehöriger, Vereinbarungen über kostenfreie Aktienfertigungen, Verträge über Schutz von literarischem und künstlerischem Eigenthum, über Militärdienstbefreiung, woran gerade der Bund gewiß auch ein Interesse haben sollte, u. dgl. m., während allerdings auch für die gegentheilige Praxis Fälle citirt werden können und gerade der gegenwärtige Vertrag sich mehr oder weniger an jenen über Freizügigkeit mit dem gleichen Nachbarstaate, vom 6. Dezember 1856 (auch mit dem Bunde vereinbart) anschließt.

Wenn daher der Praxis einiger Werth beigelegt werden will, so dürfen wir dieselbe ebensogut für uns als für die gegentheilige Ansicht in Anschlag bringen. Und es ist jedenfalls die daraus zu ziehende Konsequenz zu unseren Gunsten, weil sie den Art. 9 der Verfassung zur Seite hat und für den gegentheiligen Standpunkt mehr nur ein freiwilliger Consens, ein „Gehentlassen“ von Seite der Kantone angenommen werden darf.

Eine andere Auffassung, wonach das mehrere, ausgedehntere Recht, wie es aus Art. 8 gefolgert werden will, das mindere unter allen Umständen, unter denen vom erstern Gebrauch gemacht werden will, in sich schließt, beziehungsweise die kantonale Befugniß in der eidgenössischen aufgehen soll, hätte die einfache Folge, daß wir, bei der Tendenz, Alles in den Mantel von sog. Staatsverträgen zu hüllen, den Art. 9 als werthlose Floskel aus unserm Bundesstatut ausmerzen könnten, währenddem Sinn und Geist der drei Artikel 8, 9 und 10 der Verfassung in ihrem Zusammenhange vielmehr der Initiative der Kantone rufen und aus Art. 8, soweit nicht von Krieg, Frieden und eigentlichen Schutzbündnissen die Rede ist, mehr ein Prohibitivsystem des Bundes gegen die Kantone zu folgern ist, für Alles, was aus höhern politischen Gründen nicht der individuellen Selbständigkeit der 22, beziehungsweise 25 schweizerischen Einzelstaaten, ohne einheitliche Oberleitung, zugestanden werden will.

Nur bei solcher Auslegung unserer Bundesgesetze und nur bei solcher Deutung unserer staatsrechtlichen Praxis, können wir die föderale Form unserer Staatsorganisation beibehalten und uns mit Erfolg als Bundesstaat mit lebenskräftigem kantonalem Element, vom Centralstaat unterscheiden.

Wenn nun, nach dieser Auseinandersetzung, der formelle, man kann wohl auch sagen prinzipielle Standpunkt, auf welchem die Commissionminderheit steht, gewiß schon seine Berechtigung hat, so kommt ihr in nicht geringem Maaße auch noch der Umstand zu gut, daß der quästionirliche sogen. Staatsvertrag in seinem Wesen und in seiner Tragweite für die Schweiz keineswegs so wünschbar und so opportun erscheint, um entgegen den Protestationen von Bundesgliedern einerseits und trotz den Bedenken Anderer, dessen Abschluß in Eilmärschen zu bewerkstelligen. Die frühern Zollbegünstigungen werden von Baden keineswegs zugestanden, der Import leidet stets noch zu unserm Nachtheile. Nach der Vorlage wird der Niedergelassene, wohl auch der Güterbesitzende, insoweit es den Besitz und Betrieb angeht, in jedem Lande nach der jeweiligen Gesetzgebung desselben behandelt. Es ist nun hier zwischen dem Lande mit monarchischer Staatsform und der Republik wohl zu unterscheiden. Während Letztere, sowohl ihrem Ursprunge als ihrem Dasein getreu, einer stets freieren Entwicklung entgegen geht, ist Jene schon ihrem Wesen nach nicht dazu angethan, und es bürgt uns Niemand dafür, daß die heute so viel — im Berichte der nationalrätlichen Commission über alle Maaßen — gepriesene liberale Staatsregierung nach Jahren in Folge dieser oder jener, innern oder äußern Einwirkung auf der uns zusagenden Bahn noch zu finden sei. Schon deßhalb wäre eine Beschneidung der 10jährigen Vertragsdauer, oder doch die Möglichkeit einer frühern Kündigung sehr wünschbar.

Wahrscheinlich ist auch, daß gegenüber den großen schweizerischen Kapitalen und Geschäften, die bereits schon in Baden arbeiten (und sich mit dem Vertrage mehren werden) nur Kleingewerb-Treibende, wohl in mancher Beziehung nicht zu unserm nationalökonomischen Nutzen, sich in der Schweiz niederlassen werden. Jetzt schon weist allein die Stadt Basel bei 6000 Badenser auf, nahezu zwei Drittheile mehr als die gesammten Schweizer im Großherzogthum Baden, indem bei der letzten Zählung sich 2234 Schweizer dort vorfanden.

Das in Art. III in Aussicht gestellte Reciprozitätsverhältniß, nämlich die Zusicherung des einem dritten Staate eingeräumten Vortheiles von Seite beider Contrahenten, ist an und für sich eine sehr vage und für uns wenig Vortheil verheißende Bestimmung, währenddem, bei dem Vortheile, den die Schweiz auf einen erweiterten Staatsvertrag mit Frankreich legt und der — wie wir befürchten — den französischen Juden auf diesem oder jenem Wege unser Land öffnen dürfte, wir, bei solcher Be-

stimmung, die badischen Juden jetzt schon mit in den Kauf nehmen. Es wäre daher auch hier der Wortlaut der Niederlassungsverträge mit Italien, Frankreich, England und Amerika, wonach die Angehörigen dieser Staaten einfach den Inländern gleich gehalten werden müssen, vorzuziehen.

Wie es daher unbestrittene Thatfache ist, daß ein Vertragsabschluß mit Baden durchaus nicht von schweizerischer, sondern von badischer Seite angegehrt worden ist, so kann Ihnen, Tit., bei dem eben beendigten Vortrage der Commissionsmehrheit auch nicht entgangen sein, daß sie selbst der Bedenken viele hat, die sie allerdings, bei dem unverholenen Streben: nicht mehr zurück zu gehen, mit vielem Geschick für sich selbst und Andere zu widerlegen bemüht ist. Sie nimmt daher selbst die Zuflucht zum letzten Mittel, das dahin zielt, bei der Vertragsauswechslung schweizerischer Seits den Vorbehalt zu machen: daß das Eine und Andere so und nicht anders gemeint sei, was einem auf Gnade oder Ungnade Sichergeben so ziemlich gleichsteht.

Indem die Minderheit sich hiemit erlaubte, auch auf einige Schattenseiten des Vertrages selbst hinzuweisen, eines Vertrages, in seinem praktischen Werthe ähnlich jenem mit Frankreich vom 30. Mai 1827, der den Franzosen viele, den Schweizern wenige Vortheile gebracht, glaubt sie damit nur gezeigt zu haben, wie wenig beneidenswerth die Lage des Rathes ist, wenn er — entgegen ihrem Antrage — den Kantonen die Möglichkeit der Mitwirkung benehmen und die Kompetenz zum Abschlusse des in Frage stehenden Vertrages, entgegen dem Willen von Kantonen, sich selbst vindiziren wollte!

Hochachtungsvollst.

Bern, den 21. Dezember 1863.

Namens der Minderheit der Kommission,
Der Berichterstatter:
Jos. Arnold.

Notiz. Der Staatsvertrag mit dem Großherzogthum Baden ist vom Nationalrath am 17. und vom Ständerath am 21. Dezember 1863 genehmigt worden.

**Bericht und Antrag der Minderheit der Commission in Sachen des Vertrags mit Baden.
(Vom 21. Dezember 1863.)**

In	Bundesblatt
Dans	Feuille fédérale
In	Foglio federale
Jahr	1864
Année	
Anno	
Band	1
Volume	
Volume	
Heft	03
Cahier	
Numero	
Geschäftsnummer	---
Numéro d'affaire	
Numero dell'oggetto	
Datum	14.01.1864
Date	
Data	
Seite	49-53
Page	
Pagina	
Ref. No	10 004 311

Das Dokument wurde durch das Schweizerische Bundesarchiv digitalisiert.

Le document a été digitalisé par les Archives Fédérales Suisses.

Il documento è stato digitalizzato dell'Archivio federale svizzero.